

SCHWERPUNKT

Gender und sozialstaatliche Transformationen: Internationale und intersektionale Perspektiven

Einleitung: Feministische Perspektiven auf Ambivalenzen des Sozialstaats

AGNES BLOME, JULIA LEPPERHOFF

Ambivalenzen, Inkohärenzen, Paradoxien und tradeoffs sind seit geraumer Zeit Begriffe, um Geschlechter- und andere Ungleichheitsverhältnisse im (sich transformierenden) Sozialstaat¹ zu diskutieren (Mandel/Semyonov 2006; Pettit/Hook 2009; Brady/Bostic 2015; Brady/Blome/Kmec 2020). Hintergrund hierfür ist zum einen die wachsende Bedeutung neuer sozialer Ungleichheiten und Risiken, die durch veränderte Arbeitsmärkte, demografische Entwicklungen, globale Migrationsprozesse und einen Wandel der Familienverhältnisse entstehen. Ebenso bedeutsam sind zum anderen modifizierte, sich teils widersprechende sozialpolitische Anreizstrukturen bei verharrenden traditionellen (Geschlechter-)Normen sowie diversifizierte Interessen, neue Konfliktlinien und Akteurskonstellationen, welche die Reformen und die Ausgestaltung von Sozialstaaten prägen. Der Schwerpunkt nimmt diese Entwicklungen zum Anlass, um nach den Ursachen und Auswirkungen sozialstaatlicher Entwicklungen aus einer Gender-Perspektive² zu fragen. Er versammelt Beiträge, die aktuelle Debatten um sozialstaatliche Transformationen und ihre Relevanz für geschlechtliche, aber auch weitere Differenzverhältnisse behandeln und aus einer intersektionalen und internationalen Perspektive beleuchten. Im Folgenden blicken wir zunächst zurück auf die Ursprünge feministischer Wohlfahrtsstaatsforschung und deren bis in die Gegenwart relevant gebliebenen Fragen und Themen. Fokus ist hier die Perspektive auf Deutschland. Anschließend stellen wir die Beiträge des Schwerpunkts vor.

Entwicklungslinien feministischer Sozialstaatsforschung

In frühen feministischen Arbeiten wird der Sozialstaat als wesentliches Instrument patriarchaler Herrschaft kritisiert, dessen Regulierungen direkte ehebezogene und familiäre Abhängigkeiten ablösen. Im Zuge dessen entstehen feministische Analysen, welche die Lebenslagen von Frauen in den Mittelpunkt stellen und diese im Kontext einer Alleinzuständigkeit für die unbezahlte Arbeit in Privathaushalten und der damit systematisch verknüpften Schlechterstellung am Erwerbsarbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung untersuchen. Der so verstandene „weibliche Lebens-

zusammenhang“ (Prokop 1976) wird dabei als ein Ensemble geteilter, spezifischer Erfahrungen von Frauen, welche als in sich homogene Gruppe imaginiert werden, verstanden.

Schon in den Anfängen der bundesdeutschen Frauenforschung werden die Konstruktion von über den vollzeiterwerbstätigen Ehemann abgeleiteten Rechten und die steuerliche Begünstigung von Ehegemeinschaften durch das Ehegattensplitting problematisiert (Gerhard/Schwarzer/Slupik 1988). Diese Konstruktion war (und ist) gerade für das System sozialer Sicherung in Westdeutschland prägend und wird als wesentliches Hindernis für Autonomie und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen verstanden. Auch die gravierenden Folgen durch die Feminisierung von Armut werden in den 1980er Jahren erstmals umfassend herausgearbeitet (Kickbusch/Riedmüller 1984; Riedmüller/Rodenstein 1989). Durch die Vereinigung von 1990 geraten zudem die Unterschiede der Sozial- und Geschlechterpolitiken in beiden deutschen Staaten in den Blick, welche die Bedeutung von unterschiedlichen Politiken und Reformpfaden für die Ausgestaltung von Geschlechterverhältnissen unterstreichen (Hausen/Krell 1993; Nickel 1995; für postsozialistische Staaten Klenner/Leiber 2009).

In der sich institutionalisierenden feministischen Politikwissenschaft erfolgt zu diesem Zeitpunkt eine differenzierte Hinwendung zur Staatlichkeit: Sie dekonstruiert nicht nur die Dualität von staatlicher und privater Sphäre sowie ihre Festschreibung als geschlechtlich hergestellt, sondern entwirft auch neue Verhältnisbestimmungen von Staat und Privatheit (Kerchner/Wilde 1997), deckt männerbündische Strukturen in Politik und Verwaltung auf (Kreisky 1992) und beleuchtet Geschlechterasymmetrien in sozialpolitisch relevanten Institutionen (für die Gewerkschaften Koch-Baumgarten 1999; Kurz-Scherf 1994). Zugleich entsteht ab den 1990er Jahren eine Vielzahl differenzierter feministischer Untersuchungen einzelner, geschlechtlich relevanter Politikfelder sozialstaatlichen Handelns. Diese werden in der Regel durch eine – implizit vielfach an der männlich geprägten Norm orientierten – Gleichstellungsperspektive geleitet, die einer ‚vollständigen‘ Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit, einer umfassenden sozialen Infrastruktur sowie einer eigenständigen sozialen Absicherung und Individualbesteuerung von Frauen einen zentralen Stellenwert beimisst. Zu nennen sind hier Analysen der Familien- und Pflegepolitiken (stellvertretend für viele Bothfeld 2005; Leitner 2013; Auth 2017), in denen der Einfluss von Reformpolitiken auf die sozialpolitische Steuerung unentgeltlich geleisteter Sorgearbeit sowie auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit vermessen wird. Darüber hinaus werden Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitiken mit ihren Folgen für eine horizontale und vertikale Geschlechtersegregation, diskontinuierliche Erwerbsverläufe, die Dominanz von Teilzeitarbeit als ‚weibliches Normalarbeitsverhältnis‘³ und eine geringere Entlohnung von Frauen Gegenstand zahlreicher Arbeiten (stellvertretend für viele Auth 2002; Holst/Maier 1998; Kurz-Scherf/Lepperhoff/Rudolph 2003; Scheele 2004).

Auch die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung wird von der feministischen Forschung kritisch aufgegriffen (Ciccia/Sainsbury 2018). Dies gilt im Besonderen

für das Konzept der Wohlfahrtsstaatsregimes, nach dem sich einzelne Länder des Globalen Nordens idealtypisch als liberal, konservativ oder sozialdemokratisch organisierte Wohlfahrtsstaatsregime klassifizieren lassen (Esping-Andersen 1990). Geschlechterbezogene Revisionen bringen neue Typisierungen hervor, die teilweise quer zu der in der klassischen Regimeforschung vorgenommenen Klassifizierung liegen. Erkenntnisleitend ist dabei, in welchem Ausmaß soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hervorgebracht, reduziert oder stabilisiert werden (Lewis 1992; Lewis/Ostner 1994; Orloff 1993; Sainsbury 1997). In diesem Kontext wird nun einigen Wohlfahrtsstaaten ‚Frauenfreundlichkeit‘ zugesprochen; die nordischen Staaten mit ihrer umfassenden Struktur sozialer Dienste und einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen dienen dabei als Referenzfolie. Die Regimeforschung erfährt aber auch feministische Kritik. Ein hohes Maß an De-Kommodifizierung, bei Esping-Andersen (1990) als Gütekriterium eines Sozialstaats verstanden, bedeute für viele Frauen einen Ausschluss und eine Verschlechterung ihrer Situation, da gerade die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ein zentrales Moment ihrer Emanzipation sei. Problematisiert wird zudem die unzureichende Dynamik, die in historischer Perspektive und vor dem Hintergrund der Unterschiede innerhalb eines Regimetyps erkennbar wird. Dies tritt beispielsweise in unterschiedlichen Pfaden des (De-)Familialismus mit spezifisch institutionalisierten Verteilungsmustern von Betreuungs- und Pflgetätigkeiten zutage (Kuller 2007; Leitner 2013; Saraceno/Keck 2010; Zagel/Lohmann 2020). Im Kontext von Globalisierungsprozessen erscheinen Sozialstaaten des Globalen Nordens zudem auf neue Weise herausgefordert und unter politischen Druck gesetzt, (vielfältige) Reformwege zu beschreiten. Dies korrespondiert in der Forschung einerseits mit einer Ausdifferenzierung des Ansatzes der Regimeforschung (Gottfried/Walby/Shire 2023; Hrast/Dobrotić 2022), andererseits aber auch mit einer Hinwendung zu institutionalistischen und diskurstheoretischen Modellen beziehungsweise einer Kombination vielfältiger sozialstaatlicher Erklärungsansätze. Die (oftmals vergleichend angelegte) feministische Analyse des sozialstaatlichen Institutionenarrangements (stellvertretend für viele Kulawik 1999), welche die Beteiligung von organisierten Interessen, den Einfluss von sozialen Bewegungen sowie formelle und informelle Mechanismen bei der Ausgestaltung der politischen Entscheidungsprozesse herausstellt, trägt dazu bei, dass hierarchische Geschlechterverhältnisse als ein strukturell verfestigtes Ergebnis sozialstaatlicher Politiken betrachtet werden können. Ergänzt werden diese durch wissens- und ideenbasierte Ansätze, die Aspekte von Policy-Lernen betonen (Bothfeld 2005; Blum 2012; Mätzke/Ostner 2010). Insgesamt zeigen die Analysen, dass Pfadabhängigkeiten und „eingefrorene“ Sozialstaaten (Esping-Andersen 1996, 24; Palier 2006) nicht das vorherrschende Charakteristikum sozialstaatlicher Entwicklungen bilden – weder in Deutschland noch in anderen konservativen Wohlfahrtsstaaten (Blome 2017). Das Ineinandergreifen von Geschlechterverhältnissen und Sozialstaat zeigt sich dementsprechend als ambivalent.

Geschlechterpolitische Inkohärenzen im Sozialinvestitionsstaat

Seit der Jahrtausendwende avanciert der Sozialinvestitionsstaat⁴ verstärkt zum Gegenstand feministischer Forschung. Insbesondere durch die in der Europäischen Union forcierte Leitidee eines Zweiverdienermodells (Adult Worker Model) rückt die allgemeine Erwerbstätigkeit für alle Geschlechter in den Mittelpunkt. Damit wird nicht nur die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt als zentrale Bedingung für daran geknüpfte Rechte und Leistungen festgeschrieben, sondern auch der soziale Status an die Idee eines eigenverantwortlichen, unabhängig handelnden und flexibilisierten Subjekts geknüpft. Die hierfür notwendige Beschäftigungsfähigkeit soll dementsprechend über Bildungs- und Gesundheitsförderung und eine zunehmend präventive Ausrichtung von Sozialpolitiken hergestellt werden. Der einhellige Befund feministischer Forschung, dass die Erwerbszentrierung (nicht nur) in Deutschland in vielerlei Hinsicht deutlich verstärkt wird, geht mit der Aufarbeitung der sichtbar ambivalenten Wirkungen der Neuausrichtung sozialstaatlicher Paradigmen einher (unter anderen Auth/Buchholz/Janczyk 2010; Saraceno 2015; West/Blome/Lewis 2020; Bothfeld/Rouault 2015).

So lassen sich einerseits eine gewachsene Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt und damit verbundene Autonomiegewinne feststellen. Das für Deutschland konstatierte männlich geprägte Ernährermodell verliert nicht nur als normatives Leitbild, sondern sukzessive auch als empirische Realität für viele Frauen an Bedeutung (Lepperhoff/Scheele 2017). Andererseits steht die gewachsene Arbeitsmarktteilhabe anhaltenden und neuen geschlechterbezogenen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt gegenüber, die durch die Verwobenheit verschiedener Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Gruppe der Frauen und anderen geschlechtlich marginalisierten Menschen weitere Achsen der Ungleichheit zum Tragen bringen. Veränderungen des Arbeitsmarktes wie steigende Qualifikationsanforderungen, Digitalisierung, aber auch Deregulierung und die abnehmende Bedeutung des Normalarbeitsverhältnisses führen zu unterschiedlicher Absicherung von gut qualifizierten, in den Arbeitsmarkt integrierten Personen und gering qualifizierten, prekär beschäftigten Individuen. Die hohe Bedeutung solcher prekärer und niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse für Armutsrisiken (Dackweiler/Rau/Schäfer 2020), die Zuschreibung von Arbeitslosigkeit als individuelles Versäumnis zum Beispiel von Alleinerziehenden (Duncan/Edwards 2001) oder die Konstruktion von Bedarfsgemeinschaften in der Agenda 2010, die Individuen in Partnerschaften hinsichtlich der Anrechnung von Partner*inneneinkommen und der Einstandspflichten diskriminiert (Berghahn/Wersig 2005), können als Verschärfung geschlechtlich-intersektionaler Ungleichheiten gedeutet werden.

Die Ambivalenz gilt aber auch für die Ausrichtung der sozial- und familienpolitischen Leistungen in Deutschland: Nach einer Phase der Austerität und einer Rekalibrierung des Sozialstaats um die Jahrtausendwende wurde in den letzten zwanzig Jahren mit einem Ausbau von Leistungen in zentralen Bereichen wie der Familien- und Vereinbarkeitspolitik (Elterngeld, Kindertagesbetreuung), der Arbeits-

marktpolitik (Mindestlohn, Bürgergeld) oder auch im Rentensystem („Mütterrente“) gleichstellungspolitisch nachjustiert. Die ausgeprägte Erwerbszentrierung ist jedoch einem Teil dieser neuen Leistungen unmittelbar eingeschrieben, etwa durch die Einkommensabhängigkeit des Elterngelds und den für Mütter gesetzten Anreiz, möglichst schnell eine Erwerbsarbeit (wieder-)aufzunehmen. Darüber hinaus werden durch den Erhalt der vergeschlechtlichten Grundstruktur des Steuer- und Versicherungssystems (Ehegattensplitting, abgeleitete Rechte in der Sozialversicherung) widersprüchliche Anreize gesetzt, die das wohlfahrtsstaatliche Leistungsensemble aus gleichstellungspolitischer Perspektive insgesamt als inkohärent erscheinen lassen (Wersig 2013; Klammer 2017).

In zahlreichen Publikationen wird zudem mit dem sogenannten Matthäus-Effekt sozialinvestiver Maßnahmen argumentiert, nach dem besser gestellte Familien vom Ausbau der Vereinbarkeitspolitik mehr profitieren als Familien mit geringem Einkommen (Bonoli/Cantillon/Van Lancker 2017). Intersektionale Analysen problematisieren nicht zuletzt die Schwierigkeit, dass Ziele der Geschlechtergleichheit mit anderen Kategorien sozialer Gerechtigkeit in Konflikt geraten (Menke/Klammer 2017). Die Einkommensbezogenheit des Elterngeldes und der Anreiz zur partnerschaftliche(re)n Aufteilung durch Partnermonate verringern beispielsweise die Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern. Zugleich führen sie aber zur Verfestigung von Einkommensungleichheiten zwischen Familien mit unterschiedlicher ökonomischer Positionierung. Hinzukommt, dass gerade Familien mit geringem Einkommen durch wirtschaftliche Zwänge weniger frei in der Aufteilung der Elterngeldmonate sind als gutverdienende Paare mit zwei Einkommen. Mit dem Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Jahr 2023, die Einkommensgrenzen für den Bezug des Elterngeldes zu senken und Eltern mit einem hohen Jahreseinkommen von der Anspruchsberechtigung auszuschließen, gewann diese Thematik jüngst erneut Brisanz in der politischen Öffentlichkeit (Peukert 2024).

Politikwissenschaftliche Erklärungsansätze für diese teilweise widersprüchlichen Entwicklungen verweisen angesichts des dynamischen Wandels von Geschlechter-, Familien- und Erwerbsverhältnissen auf die gewachsene Multidimensionalität von Interessen und Akteurskoalitionen, die wiederum die Reformtätigkeit und damit die Möglichkeit beeinflussen, auf veränderte gesellschaftliche Risikostrukturen zu reagieren (Häusermann 2010; Häusermann 2018). Im Parteienwettbewerb würden soziokulturelle die sozio-ökonomischen Konfliktlinien ergänzen und beispielsweise konservative Parteien herausfordern, sich für sogenannte ‚Fraueninteressen‘ einzusetzen, um ihre Wählerschaft zu erweitern, während sozialdemokratische mit rechtspopulistischen Parteien um ihre klassische Klientel der Arbeiter*innen konkurrieren müssten. Diese Entwicklungen tragen zudem dazu bei, dass sozialstaatliche Transformationen häufig inkrementell und in Form von *layering* (neue Instrumente ergänzen bereits bestehende), *conversion* (bestehende Maßnahmen werden neu interpretiert oder anders implementiert) oder *drift* (Regelungen bleiben formal beste-

hen, aber ihre Wirkung ändert sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen) erfolgen (Streeck/Thelen 2005; Hacker 2005). Zwar kann durch diese graduellen Veränderungen transformativer Wandel entstehen; in vielen Fällen – selbst in Politikfeldern, in denen es zu Pfadabweichungen kam wie in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik Deutschlands – bleiben aber Maßnahmen bestehen, die sich widersprüchlich zu neu eingeführten Instrumenten verhalten (de la Porte et al. 2023). Etablierte Pfade zu verlassen und Politiken an veränderten geschlechterdemokratischen sozialstaatlichen Leitbildern auszurichten, wird dadurch schwieriger.

Krise der Sorgearbeit

Durch die stärkere Erwerbszentrierung des Sozialstaats hat sich auch der Druck auf die Sorgearbeit verschärft und zu neuen Ambivalenzen geführt. Saraceno (2015) und Jenson (2009) argumentieren, dass gerade der investive Sozialstaat mit seinem Fokus auf Aktivierung aller erwerbsfähiger Personen zu einer Ab- und Entwertung der Sorgearbeit beigetragen hat; auch Fraser (2023) thematisiert in ihrer Analyse des neoliberalen (Finanzmarkt-)Kapitalismus diese Problematik als gravierende gesellschaftliche Krise. Die nach wie vor mehrheitlich von Frauen unbezahlt geleistete Arbeit wird in der feministischen Forschung somit nicht mehr nur ausschließlich als notwendige Voraussetzung von Erwerbsarbeit begriffen, sondern hat sich selbst verstärkt zum Gegenstand von Studien entwickelt. Dabei wird vor allem die Unsichtbarkeit von Sorgearbeit sowie die grundlegend krisenhafte Organisation sozialer Reproduktion aufgezeigt. So wird Frauen zugeschriebene Sorgearbeit in beträchtlichem Umfang über transnationale Care-Arrangements zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft umverteilt. Die Untersuchung solcher Care-Arrangements ist daher auch ein Vehikel, um intersektionalen Perspektiven in der feministischen Forschung mehr Raum zu geben.

Auch die verberuflichte und professionalisierte Sorge, die weiterhin durch geringe monetäre wie soziale Anerkennung, prekäre Arbeitsbedingungen und defizitäre soziale Sicherung charakterisiert ist, stellt ein wichtiges Forschungsfeld dar, in dem vor allem ihr Doppelcharakter als Beschäftigungsfeld von Frauen und als Infrastruktur zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Realisierung eines Zweiverdienermodells thematisiert wird. In Deutschland steht dabei die Kindertagesbetreuung im Zentrum, die im Zuge des Ausbaus der Betreuungsplätze für unter Dreijährige stark ausgeweitet und mit Bildungsbelangen verknüpft wird. Analysen befassen sich aber auch mit dem politisch regulierten Vorrang von ambulanter vor stationärer Pflege, der nicht mit einer substanziellen Aufwertung der mehrheitlich familiär geleisteten häuslichen Pflege einhergeht.⁵ So sind in Deutschland zwar einzelne Leistungen und Maßnahmen zur Anerkennung und Umverteilung von Sorgearbeit eingeführt worden (etwa durch Kindererziehungszeiten in der Rente, das Pflegegeld oder Partnermonate im Elterngeld); gerade im Bereich der Pflegeversicherung vollzieht sich die sozialstaatliche Absicherung von privaten Pflegepersonen

jedoch nur schleppend und auf wesentlich niedrigerem Leistungsniveau als bei den für junge Eltern ergriffenen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Insgesamt war in der Forschung immer auch umstritten, welche geschlechterpolitischen Forderungen aus der Erkenntnis abzuleiten sind, dass Care und die geschlechtliche Arbeitsteilung für und durch den Sozialstaat konstitutiv sind (Ciccia/Sainsbury 2018): Soll Geschlechtergerechtigkeit durch die Integration aller Menschen mit Care-Verantwortung in den Arbeitsmarkt mittels Betreuungsinfrastruktur oder durch sozialstaatliche Anerkennung der Care-Arbeit mittels Geldleistungen erreicht werden? Dieses Dilemma begleitet die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung bis heute. Eine grundlegende Veränderung der Gender- und Care Regimes ist jedoch (noch) nicht in Sicht und die gesellschaftliche Frage nach der Organisation, Verteilung und Bewertung der Sorgearbeit muss immer noch in weiten Teilen privat beantwortet werden, auch wenn die Auseinandersetzungen mit Praktiken kollektiven Sorgens an Bedeutung gewonnen haben (Knobloch et al. 2022).

Die Krise der Sorgearbeit wurde auch durch die erst jüngst während der Coronapandemie stattfindenden politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestätigt (Beier/Çağlar/Graf 2023; Blome/Euchner 2023). So wurde diskutiert, welche Rolle Familien bei der Bewältigung der Pandemie und den Lockdowns zuteil wurde und welche Maßnahmen zu priorisieren wären. Zwar kam es zu einer kurzfristig erhöhten Aufmerksamkeit für die gesellschaftliche Bedeutung von Gesundheits- und Pflegesystemen, der Bildungs- und Betreuungsinstitutionen und anderen sozialen Einrichtungen während der Pandemie. Auch die erhöhten Ausgaben des Sozialstaats in den Jahren 2020 und 2021 sind vor allem auf die während der Pandemie vorübergehende Zahlung von Kurzarbeitergeld, Kinder- und Pflegeboni zurückzuführen. Wie bereits nach früheren Krisen festgestellt, zeigt sich jedoch, dass der Ausbau des Sozialstaats selten Bestand hat (Obinger 2012) und Frauen häufiger zu den Verliererinnen des Rückbaus nach Krisen zählen (Klammer 1997). So sind auch im Nachgang der Pandemie und im Zuge der Auswirkungen des Angriffs Russlands auf die Ukraine Konflikte um die Finanzierung von Sozialleistungen entbrannt. Für eine Bilanz ist es noch zu früh; es bleibt abzuwarten, wie Kürzungen bestehender Leistungen oder geplanter Vorhaben, wie der Kindergrundsicherung, auf geschlechtliche und weitere soziale Ungleichheitsverhältnisse wirken werden.

Insgesamt besinnen sich Wohlfahrtsstaaten in Krisenzeiten auf die national etablierten Pfade und Bewältigungsstrategien und agieren weitgehend gemäß des jeweilig vorherrschenden Gender Regime. Dies bestätigte sich auch für die Reorganisation von Berufs- und Sorgearbeit in Paarhaushalten, in der die Aufteilung der Sorgearbeit vor der Pandemie auch maßgeblich für die Arbeitsteilung während und nach der Pandemie blieb (Zucco/Lott 2021). Die These von der Krise der Coronapandemie als gesellschaftliches Brennglas hat sich somit auch für die Sorgearbeit bestätigt.

Geschlechterparadoxien und Neu-Konfigurationen der Analysekategorie Geschlecht

Nicht zuletzt hat die feministische Sozialstaatsforschung in den letzten Jahren auch ihre eigene Grundlage kritisch befragt: die Analysekategorie Geschlecht und damit produzierte Paradoxien. So wird verstärkt in den Blick genommen, wie intersektionale Ungleichheiten in Analysen Berücksichtigung finden können. Denn die industrialisierten Sozialstaaten des Globalen Nordens institutionalisieren durch Rechte und Leistungsansprüche und durch funktional ausdifferenzierte Organisationen der Umverteilung Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die zu Ein- und Ausschlüssen entlang von Geschlecht, Klasse, Race, Behinderung, Sexualität und Nationalität führen. Darin eingeschrieben sind sozialstaatliche Leitbilder, die gesellschaftliche Vorstellungen über Geschlechtlichkeit und intersektionale Ungleichheiten repräsentieren und in ihrer normativen Wirkmächtigkeit hierarchisierend und lebenslaufstrukturierend soziale Verhältnisse beeinflussen.

Darüber hinaus steht die Forschung noch in den Anfängen, wie Sozialstaatsanalysen konzeptionell angelegt sein könnten, damit sie Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitiken offen analysieren und den Blick für (prekarierte und vulnerable) Lebensweisen jenseits der binären Zweigeschlechtlichkeit öffnen. Nach wie vor knüpfen feministische Analysen und Reformvorschläge in der Regel am Dualismus geschlechterhierarchischer Zuschreibungen an: Die Forderungen nach egalitärer beziehungsweise partnerschaftlicher Arbeitsteilung/Elternschaft sind implizit an der heterosexuellen Norm ausgerichtet, wenn für Frauen/Mütter der gleichberechtigte Zugang zur Erwerbsarbeit und Männer/Väter zur Sorgearbeit als Ideal angenommen und politisch ermöglicht werden soll. Insofern gilt es, feministische Analysen für Lebenslagen zu erweitern, die sich nicht im Geschlechterdualismus einordnen und in denen andere oder weitere Erfordernisse außerhalb von Erwerbs- oder Sorgearbeit bestehen.

In diesem Zusammenhang erscheinen nicht zuletzt die Methoden der Erhebung von Sozial- und Leistungsdaten, auf denen empirische Sozialstaatsanalysen beruhen, als ambivalent: Auch hier wird Mehrfachbetroffenheit von Diskriminierungen oder mangelnde Teilhabe an der Schnittstelle intersektionaler Ungleichheiten vielfach übergangen, da die Sozialberichterstattung in der Regel nur entlang einer sozialen Kategorisierung Daten erhebt und Geschlechtlichkeit nur in der Dichotomie von weiblich und männlich erfasst (Stauffer/O'Brien 2019; Ackerly/True 2018). Die Ausrichtung auf die Dokumentation von Gender Gaps kann diese Problematik illustrieren: Betrachtet man gängige Indikatoren wie den Gender Pension Gap (2022: 39,4%)⁶, den Gender Care Gap (2023: 44,3%)⁷ oder auch die Möglichkeiten, politisch Einfluss zu nehmen (z.B. Anteil weiblicher Mitglieder des Bundestags 2024: 35,3%)⁸, so sind eher minimale Fortschritte in der geschlechterpolitischen Gleichstellung erkennbar. Somit können solche Abbildungen von Ungleichbehandlung als Instrumentarium zur Durchsetzung von gleichstellungspolitischen Forderungen

zwar als hilfreich betrachtet werden. Zugleich verfestigen sie anhand der binären Gegenüberstellung von Frauen und Männern und der Ausrichtung auf Geschlecht als Masterkategorie aber den sozialpolitischen Status Quo. Viele feministisch-sozialstaatliche Analysen tragen somit ungewollt zu einer spezifischen Betrachtungsweise von vorhandenen Ungleichheiten bei und schreiben paradoxerweise die bestehende hierarchisierende Arbeitsteilung und stratifizierte soziale Sicherung in gesellschaftliche Strukturen stärker ein. Dies macht eine neue Machtkritik in der feministischen Sozialstaatsforschung und eine aktive Auseinandersetzung mit solchen Paradoxien erforderlich. Dabei erscheint es möglicherweise weiterführend, eine von Stereotypisierungen freie selbstbestimmte Lebensgestaltung als neue Referenzfolie für Sozialstaatsanalysen zu denken. Diese Selbstbestimmung bezieht sich dabei nicht nur auf die Freiheit von tradierten zweigeschlechtlich-hierarchischen Rollenmustern und damit verknüpfter Werte, sondern stellt eine radikalere Individualisierung der sozialen Sicherung, der Freiheit von Diskriminierung und der Teilhabe in allen Lebensbereichen in den Mittelpunkt theoretischer Überlegungen. Zudem gilt es, über die unmittelbare Arbeits(market)- und Sozialpolitik hinaus eine andere Einbettung dieser Politiken vorzunehmen, mit der „das Verhältnis von Produktion und Reproduktion, von privater und staatlicher Macht, von menschlicher und nicht-menschlicher Natur“ (Fraser 2023, 15) neu gestaltet werden kann.

Ausblick auf die Beiträge

Anna Karmann greift in ihrem Beitrag einen Strang dieser aktuellen polit-ökonomischen Debatten auf. Ausgehend von der Janusköpfigkeit familienpolitischer Entwicklungen zeigt sie, wie Sozialstaaten im OECD-Raum zunehmend von einem „gendered double movement“ gekennzeichnet sind. Die (teils gleichzeitige) Entwicklung einer (Re-)Kommodifizierung in den Maßnahmen zur Sicherung des Einkommens bei Erwerbslosigkeit als auch der Individualisierung in der Familienpolitik hat einen doppelten Effekt: Frauen werden von familiären Verpflichtungen entlastet, während die Erwerbstätigkeit von Frauen gleichzeitig kommodifiziert wird. Jedoch ist dieser Trend nicht überall gleich stark: Karmann identifiziert in ihrer Cluster-Analyse sechs verschiedene Typen wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung, wobei sowohl Stabilität als auch Verschiebungen deutlich werden. Letztere gehen zumeist in eine Richtung, die eine familialisierende und individualisierende Familienpolitik mit einer de- und (re-)kommodifizierenden Politik der Einkommenssicherung verbindet. Damit wird deutlich, dass eine Ausdifferenzierung der Regimeforschung gerade aus der Gender-Perspektive vielfältige Gewinne erbringt.

Der Notwendigkeit, den Sozialstaat, seine Programme, Legitimationsmuster und Wirkungen intersektional zu untersuchen, geht *Katrin Menke* nach. Vor dem Hintergrund angloamerikanischer Debatten stellt sie theoretisch-konzeptionelle Überlegungen für eine intersektionale Sozialstaatsforschung vor und diskutiert diesbezüglich relevante Prämissen, um geschlechtliche und soziale Ungleichheiten als

systematisch eingelassen in sozialstaatliche Politiken, Diskurse sowie Lebenslagen untersuchen zu können. Beispielphaft wird die Interdependenz von Geschlechter- und Migrationsverhältnissen anhand der Arbeitsmarktteilhabe von Migrantinnen zu zwei verschiedenen historischen Zeitpunkten in Deutschland rekonstruiert: ‚Gastarbeiterinnen‘ in der deutschen Wirtschaft und geflüchtete muslimisch markierte Frauen im SGB II-Bezug. Das Zusammenspiel von Kategorisierungen wird auf den unterschiedlichen Ebenen von Policies, diskursiver Öffentlichkeit und subjektiven (auch widerständigen) Praktiken analysiert und zeigt enge Wechselwirkungen und Widersprüche hinsichtlich der arbeitsmarktpolitischen Ein- und Ausschlüsse der eingewanderten Frauen auf.

Im Beitrag von *Hélène Croguennec-Le Saout* wechselt die Perspektive auf aktuelle Pflegepolitiken in Frankreich. Sie analysiert die 2015 reformierte Preisgestaltung in Einrichtungen der stationären Pflege hinsichtlich ihrer Auswirkungen für die Situation pflegender Angehöriger sowie die professionellen Pflegekräfte – in beiden Fällen mehrheitlich Frauen. Sie stellt fest, dass Frauen durch einen verstärkten Familialismus „unsichtbar gemacht werden“, weil ein Großteil der Pflegeleistungen unentgeltlich durch die Familie und damit die Frauen vorausgesetzt wird. Das reformierte System der Preisgestaltung vergütet zudem den sozial-emotional relevanten Beziehungsaspekt der bezahlten Pfllegetätigkeit nicht angemessen. Zuletzt zeigt Croguennec-Le Saout, welche Rolle die Pflegeeinrichtungen als politische und soziale Ressource für Frauen sowohl als pflegende Angehörige als auch als professionell Pflegende spielen. Sie stellen einen Ort der Sozialisierung und teilweise der Politisierung dar, der Frauen ermächtigen kann, die gesellschaftliche Situation als politisch zu diskursivieren und damit Veränderungen zugänglich zu machen.

Mit den vorliegenden Beiträgen wird ein Eindruck gegeben, wie feministische und genderorientierte Forschung sozialstaatliche Transformationsprozesse analysiert. Gerade der Fokus auf internationale und intersektionale Perspektiven eröffnet die Möglichkeit, aktuelle sozialstaatliche Entwicklungen – mit Blick auf die Dynamik verschiedener Staaten und auf vielfältige Ungleichheitsverhältnisse – systematisierend einzuordnen. So können die Pluralisierung der Lebenslagen, eine größere Diversität von Geschlechter- und Lebensverhältnissen sowie ihre Bedeutung für die Absicherung sozialer Risiken ebenso wie politische, strukturelle und kulturelle Bedingungen zur Erklärung von Politikwandel oder -persistenz besser in den Blick genommen werden.

Literatur

Ackerly, Brooke/**True**, Jacqui, 2018: With or without Feminism? Researching Gender and Politics in the 21st Century. In: *European Journal of Politics and Gender*. 1 (1), 259-278.

Auth, Diana, 2002: Wandel im Schnecken tempo. Arbeitszeitpolitik und Geschlechtergleichheit im deutschen Wohlfahrtsstaat. Opladen.

Auth, Diana, 2017: Pflegearbeit in Zeiten der Ökonomisierung. Wandel von Care-Regimen in Großbritannien, Schweden und Deutschland. Münster.

- Auth, Diana/Buchholz, Eva/Janczyk, Stefanie**, 2010: *Selektive Emanzipation: Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik*. Opladen.
- Beier, Friederike/Çağlar, Gülay/Graf, Patricia**, 2023: *Feministische und dekoloniale Perspektiven auf Corona und Care – Einleitung*. In: *Sorge in Zeiten der Pandemie. Femina Politica*. 32 (1), 9-24.
- Berghahn, Sabine/Wersig, Maria**, 2005: *Vergemeinschaftung von (Ehe-)Partnern durch die Reformen der Agenda 2010 – eine Rückkehr zum „Geschlechtervertrag“ des 19. Jahrhunderts?* In: *Femina Politica*. 14 (2), 84-95.
- Blome, Agnes**, 2017: *The Politics of Work-family Policies in Germany and Italy*. Abingdon, New York.
- Blome, Agnes/Euchner, Eva-Maria** (Hg.), 2023: *Themed Section: Reconceptualising Social Care: Contrasting Classical and Contested Care Policies and their Gendered Implications*. In: *European Journal of Gender & Politics*. 6 (29).
- Blum, Sonja**, 2012: *Familienpolitik als Reformprozess. Deutschland und Österreich im Vergleich*. Wiesbaden.
- Bonoli, Giuliano/Cantillon, Bea/Van Lancker, Wim**, 2017: *Social Investment and the Matthew Effect: Limits to a Strategy*. In: Hemerijck, Anton (Hg.): *The Uses of Social Investment*. Oxford, 66-76.
- Bothfeld, Silke**, 2005: *Vom Erziehungsurlaub zur Elternzeit. Politisches Lernen im Reformprozess*. Frankfurt/M.
- Bothfeld, Silke/Rouault, Sophie**, 2015: *Families Facing the Crisis: Is Social Investment a Sustainable Social Policy Strategy?* In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 22 (1), 60-85.
- Brady, David/Bostic, Amie**, 2015: *Paradoxes of Social Policy: Welfare Transfers, Relative Poverty, and Redistribution Preferences*. In: *American Sociological Review*. 80 (2), 268-298.
- Brady, David/Blome, Agnes/Kmec, Julie A.**, 2020: *Work-family Reconciliation Policies and Women's and Mothers' Labor Market Outcomes in Rich Democracies*. In: *Socio-Economic Review*. 18 (1), 125-161.
- Ciccia, Rossella/Sainsbury, Diane**, 2018: *Gendering Welfare State Analysis: Tensions between Care and Paid Work*. In: *European Journal of Politics and Gender*. 1 (1-2), 93-109.
- Dackweiler, Regina-Maria/Rau, Alexandra/Schäfer, Reinhild** (Hg.), 2020: *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*. Opladen.
- De la Porte, Caroline/Im, Zhen Jie/Pircher, Brigitte /Szelewa, Dorota**, 2023: *The EU's Work-life Balance Directive: Institutional Change of Father-specific Leave across Member States*. In: *Social Policy & Administration*. 57 (4), 549-563.
- Dobrotić, Ivana/Blum, Sonja**, 2020: *Inclusiveness of Parental-Leave Benefits in Twenty-One European Countries: Measuring Social and Gender Inequalities in Leave Eligibility*. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 27 (3), 588-614.
- Duncan, Simon/Edwards, Rosalind**, 2001: *Alleinerziehende Mütter, moralische Rationalität und der Rationalitätsfehler von New Labour*. In: *Feministische Studien*. 19 (1), 34-47.
- Esping-Andersen, Gøsta**, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta**, 1996: *After the Golden Age? Welfare State Dilemmas in a Global Economy*. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economies*. London, 1-31.
- Fraser, Nancy**, 2023: *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*. Frankfurt/M.
- Gerhard, Ute/Schwarzer, Alice/Slupik, Vera** (Hg.), 1988: *Sozialpolitik auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat*. Weinheim, Basel.
- Gottfried, Heidi/Walby, Sylvia/Shire, Karen A.** (Hg.), 2023: *Special Issue. The Future of Gender Regimes*. *Women's Studies International Forum*. 98 (July-August).

- Hacker**, Jacob, 2005: Policy Drift. In: Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen (Hg.): Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies. Oxford, 40-82.
- Häusermann**, Silja, 2010: The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times. Cambridge.
- Häusermann**, Silja, 2018: The Multidimensional Politics of Social Investment in Conservative Welfare Regimes: Family Policy Reform between Social Transfers and Social Investment. In: Journal of European Public Policy. 25 (6), 862-877.
- Hausen**, Karin/**Krell**, Gertraude (Hg.), 1993: Frauenerwerbsarbeit: Forschungen zu Geschichte und Gegenwart. München, Mering.
- Holst**, Elke/**Maier**, Friederike, 1998: Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 31 (3), 506-518.
- Hrast**, Maša Filipovič/**Dobrotić**, Ivana, 2022: Eastern European Welfare States. In: Greve, Bent (Hg.): De Gruyter Handbook of Contemporary Welfare States. Berlin, Boston, 119-134.
- Jenson**, Jane, 2009: Lost in Translation: The Social Investment Perspective and Gender Equality. In: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society. 16 (4), 446-483.
- Kerchner**, Brigitte/**Wilde**, Gabriele, 1997: Staat und Privatheit. Aktuelle Studien zu einem schwierigen Verhältnis. Opladen.
- Kickbusch**, Ilona/**Riedmüller**, Barbara (Hg.), 1984: Die armen Frauen. Frauen und Sozialpolitik. Frankfurt/M.
- Klammer**, Ute, 1997: Wieder einmal auf der Verlierer(innen)seite. Zur arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Situation von Frauen im Zeitalter der „Sparpakete“. In: WSI-Mitteilungen. 50 (1), 1-12.
- Klammer**, Ute, 2017: Alterssicherung von Frauen revisited. Aktuelle Entwicklungen und zukünftige Perspektiven. In: Sozialer Fortschritt. 66 (5), 359-375.
- Klenner**, Christina/**Leiber**, Simone (Hg.), 2009: Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. Wiesbaden.
- Knobloch**, Ulrike/**Theobald**, Hildegard/**Dengler**, Corinna/**Kleinert**, Ann-Christin/**Gnadt**, Christopher/**Lehner**, Heidi (Hg.), 2022: Caring Societies – Sorgende Gesellschaften. Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit? Weinheim.
- Koch-Baumgarten**, Sigrid, 1999: Vom „Arbeitnehmerpatriarchat“ zur Quotengewerkschaft? Ein Rückblick auf 50 Jahre Geschlechterverhältnisse in den Gewerkschaften der Bundesrepublik. In: Femina Politica. 8 (1), 36-48.
- Kreisky**, Eva, 1992: Der Staat als „Männerbund“. Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In: Biester, Elke/Geißel, Brigitte/Lang, Sabine/Sauer, Birgit/Schäfer, Petra/Young, Brigitte (Hg.): Staat aus feministischer Sicht. Berlin, 53-62.
- Kulawik**, Teresa, 1999: Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft: Schweden und Deutschland 1870-1912. Frankfurt/M.
- Kuller**, Christiane, 2007: Soziale Sicherung von Frauen – ein ungelöstes Strukturproblem im männlichen Wohlfahrtsstaat. Die Bundesrepublik im europäischen Vergleich. In: Archiv für Sozialgeschichte. 47, 199-236.
- Kurz-Scherf**, Ingrid, 1994: Brauchen die Gewerkschaften ein neues Leitbild der Erwerbsarbeit? Oder: Brauchen die Frauen eine neue Gewerkschaft? In: Gewerkschaftliche Monatshefte. 45 (7), 436-449.
- Kurz-Scherf**, Ingrid/**Lepperhoff**, Julia/**Rudolph**, Clarissa, 2003: Geschlechterperspektiven auf den Wandel von Arbeit. In: WSI-Mitteilungen. 56 (10), 585-590.
- Leitner**, Sigrid, 2013: Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Berlin.

- Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra**, 2017: Ein- und Ausschlüsse durch Arbeits- und Sozialpolitik: das Normalarbeitsverhältnis als vergeschlechtlichtes Macht- und Herrschaftsverhältnis. In: *Femina Politica*. 26 (1), 88-102.
- Leßmann, Ortrud/Laruffa, Francesco**, 2020: Nicht nur Humankapital aufbauen: Sozialinvestitionen weitergedacht. In: *WSI-Mitteilungen*. 73 (2), 93-99.
- Lewis, Jane**, 1992: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: *Journal of European Social Policy*. 2 (3), 73-91.
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona**, 1994: Gender and the Evolution of European Social Policies. Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Arbeitspapier Nr. 4.
- Mätzke, Margitta/Ostner, Ilona**, 2010: Postscript: Ideas and Agents of Change in Time. In: *Journal of European Social Policy*. 20 (5), 468-476.
- Mandel, Hadas/Semyonov, Moshe**, 2006: A Welfare State Paradox: State Interventions and Women's Employment Opportunities in 22 Countries. In: *American Journal of Sociology*. 111 (6), 1910-1949.
- Menke, Katrin/Klammer, Ute**, 2017: Mehr Geschlechtergerechtigkeit – weniger soziale Gerechtigkeit? Familienpolitische Reformprozesse in Deutschland aus intersektionaler Perspektive. In: *Sozialer Fortschritt*. 66 (3-4), 213-228.
- Mückenberger, Ulrich**, 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? In: *Zeitschrift für Sozialreform*. 31 (7-8), 415-475.
- Nickel, Hildegard Maria**, 1995: Frauen im Umbruch der Gesellschaft. Die zweifache Transformation in Deutschland und ihre ambivalenten Folgen. In: *Aus Politik und Gesellschaft*. 45 (36-37), 23-33.
- Obinger, Herbert**, 2012: Die Finanzkrise und die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. In: *Leviathan*. 40 (4), 441-461.
- Orloff, Ann**, 1993: Gender and the Social Rights of Citizenship: State Policies and Gender Relations in Comparative Research. In: *American Sociological Review*. 58 (3), 303-328.
- Palier, Bruno**, 2006: The Politics of Reforms in Bismarckian Welfare Systems. In: *Revue Française des Affaires Sociales*. 5, 47-72.
- Peukert, Almut**, 2024: Sparen in der Familienpolitik: Die Kürzungen beim Elterngeld in der Diskussion. In: *Femina Politica*. (33) 1, 118-121.
- Pettit, Becky/Hook, Jennifer L.**, 2009: Gendered Tradeoffs. Family, Social Policy, and Economic Inequality in Twenty-One Countries. New York.
- Prokop, Ulrike**, 1976: Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt/M.
- Riedmüller, Barbara/Rodenstein, Marianne** (Hg.), 1989: Wie sicher ist die soziale Sicherung? Frankfurt/M.
- Sainsbury, Diane**, 1997: Gendering Welfare States. London.
- Saraceno, Chiara**, 2015: A Critical Look to the Social Investment Approach from a Gender Perspective. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*. 22 (2), 257-269.
- Saraceno, Chiara/Keck, Wolfgang**, 2010: Can We Identify Intergenerational Policy Regimes in Europe? In: *European Societies*. 12 (5), 675-696.
- Scheele, Alexandra**, 2004: Feminisierung der Arbeit und Arbeitsforschung. In: *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*. 13 (2), 173-176.
- Stauffer, Katelyn E./O'Brien, Diana Z.**, 2019: Fast Friends or Strange Bedfellows? Quantitative Methods and Gender and Politics Research. In: *European Journal of Politics and Gender*. 2 (2), 151-171.
- Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen**, 2005: Introduction. In: *Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen* (Hg.): *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford, 1-39.

Wersig, Maria, 2013: Der lange Schatten der Hausfrauenehe. Zur Reformresistenz des Ehegattensplittings. Opladen.

West, Anne/Blome, Agnes/Lewis, Jane, 2020: What Characteristics of Funding, Provision and Regulation are Associated with Effective Social Investment in ECEC in England, France and Germany? In: *Journal of Social Policy*. 49 (4), 681-704.

Wiede, Wiebke/Wolf, Johann/Fattmann, Rainer (Hg.), 2023: Gender Pay Gap. Vom Wert und Unwert von Arbeit in Geschichte und Gegenwart. Bonn: Dietz, 175-192.

Wong, Elizabeth/Jou, Judy/Raub, Amy/Heymann, Jody, 2020: Comparing the Availability of Paid Parental Leave for Same-sex and Different-sex Couples in 34 OECD Countries. In: *Journal of Social Policy*. 49 (3), 525-545.

Zagel, Hannah/Lohmann, Henning, 2020: Conceptual Approaches in Comparative Family Policy Research. In: Nieuwenhuis Rense/Van Lancker, Wim (Hg.): *The Palgrave Handbook of Family Policy*. Cham, 119-139.

Zucco, Aline/Lott, Yvonne, 2021: Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. WSI Report Nr. 64. Düsseldorf. Internet: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_64_2021.pdf (2.10.2024).

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden werden die Begriffe Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat synonym verwendet.
- 2 In der feministischen Sozialstaatsforschung wird bisher vorrangig mit den binären Geschlechterkategorien Frau und Mann gearbeitet, weil sie institutionell verfasst sind (zum Beispiel Witwenrente oder Mutterschutz) und um auf die durch Sozialpolitik geprägten Lebenslagen von weiblich gelesenen Menschen aufmerksam zu machen. Aus diesem Grund verwenden wir ebenfalls die binäre Kategorie Frau, wenn wir auf die Befunde der feministischen Wohlfahrtsstaatsforschung oder sozialpolitische Entwicklungen verweisen, ohne andere geschlechtlich marginalisierte Personen, die von geschlechterbezogenen Ungleichheiten betroffen waren und sind, ausschließen zu wollen. Auf die diesbezügliche grundlegende Ambivalenz gehen wir im Abschnitt zur Analysekategorie Geschlecht ein.
- 3 Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gilt als eine Leitgröße der deutschen Arbeitsmarktpolitik. Es bezeichnet eine unbefristete, sozial abgesicherte und tariflich entlohnte Vollzeittätigkeit (Mückenberger 1985), die als Normalität primär für erwerbstätige Männer Geltung hatte.
- 4 Der Sozialinvestitionsstaat impliziert eine im Gegensatz zur kompensatorischen Sozialpolitik vorausschauende, befähigende und aktivierende Sozialpolitik, die mit einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gewinnerwartung verbunden ist. Der Sozialstaat soll sich nicht auf die materielle Versorgung bei Eintritt von Risiken wie Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit beschränken. Im Vordergrund soll vielmehr die Bekämpfung von Armut, die Verringerung von Ungleichheit, die Verbesserung der Integration und Teilhabe sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Befähigung, Chancenorientierung sowie Aktivierung der Individuen entlang ihres Lebenslaufs stehen (Leßmann/Laruffa 2020).
- 5 Hierbei stehen Untersuchungen zu neuen sozialpolitischen Ansätzen partnerschaftlicher und queerer Arbeitsteilungsmuster in Privathaushalten weitgehend aus (aber: Dobrotić/Blum 2020; Wong et al. 2020), während alternative Arbeitszeit- oder Bewertungsmodelle gerade für die Engellfrage bereits länger diskutiert werden (Wiede/Wolf/Fattmann 2023).
- 6 Der Gender Pension Gap beschreibt den relativen Unterschied der Alterssicherungseinkommen (staatlich und privat, ohne Hinterbliebenenrenten) von Männern und Frauen ab 65 Jahren. Die durchschnittlichen Alterseinkünfte von Frauen sind 39,4% niedriger als die von Männern (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Gleichstellungsindikatoren/gender-pension-gap-f33.html>, 2.10.2024).
- 7 Der Gender Care Gap beschreibt den unterschiedlichen Zeitaufwand, den Frauen und Männer für unbezahlte Sorgearbeit aufbringen. Frauen verwenden durchschnittlich täglich 44,3 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit als Männer (79 Minuten/Tag) (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap>, 2.10.2024).
- 8 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_10_p002.html, 2.10.2024.